

AKTUELLE POST

aus dem Kreistag (14)



7. Juli 2013

Liebe Genossinnen und Genossen!
Liebe Freundinnen und Freunde!

In der vergangenen Woche haben einige gute Aktionen stattgefunden. Besonders hervorheben möchten wir zwei Ereignisse, an denen die Linke Kreistagsfraktion mit Herzblut beteiligt war: Erstens die Demonstration und Kundgebung am 3. Juli, die Veränderungen beim Wetterauer Ausländeramt eingefordert hat. Zweitens der Besuch unseres Parteivorsitzenden Bernd Riexinger in Friedberg. Er hat an der Aktion gegen hohe Mieten und für sozialen Wohnungsbau teilgenommen und uns unterstützt.

Nicht alle Anträge konnten auf der Tagesordnung dieses Kreistags platziert werden. Doch zur nächsten Kreistagssitzung stehen sie dann auf dem Programm.

Wir möchten noch auf die Klausur der Kreistagsfraktion aufmerksam machen, zu der wir herzlich einladen: 14. Juli 2013, 10 Uhr bis 15 Uhr, Roter Laden, Friedberg, Usagasse 23.

Wir wünschen viel Spaß beim Lesen der Post. Über eine Rückmeldung freuen wir uns sehr.

Ausländerbehörde im Wetteraukreis

Nachdem die Wetterauer Ausländerbehörde erneut mit einem unglaublichen Fall in der Presse stand, hat der Arbeitskreis Flüchtlinge zur Demonstration und Kundgebung vor der Kreistagssitzung am 3. Juli aufgerufen. Wir gehören diesem Arbeitskreis an und haben die Aktion unterstützt. Der Landrat ist gefordert. Er hat die Dienstaufsicht. Zur Erinnerung: ein Eritreer hatte im vergangenen Dezember ein Aufenthaltsrecht vor Gericht erstritten. Doch bis Anfang Mai hatte er noch keine Papiere erhalten.

Stattdessen gab es den Versuch, ihn illegal nach Italien abzuschieben, weil das Ausländeramt das Gerichtsurteil nicht akzeptierte.

Zu der Demonstration und Kundgebung kamen - trotz strömendem Regen - 250 Menschen.

Zahlreiche Redner/innen beleuchteten aus unterschiedlicher Sicht die Flüchtlingspolitik Deutschlands und die Arbeit des Ausländeramts Wetterau.

Der Landrat hatte im Vorfeld versucht, der Ausländerbehörde ein gutes Zeugnis auszustellen. Auch auf der Kundgebung sprach der Landrat und warb für die Ausländerbehörde. Die Mitarbeiter/innen würden jetzt an einer Schulung in Interkultureller Kompetenz teilnehmen. Er habe bereits viel verändert. Man müsse Geduld haben.

Doch auf der Kundgebung wurde deutlich: es gibt viele Schwierigkeiten.

Besonders der Bericht einer jungen geduldeten Frau zeigte überdeutlich, dass Schikanen und Verzögerungen üblich sind. Das wurde von Rechtsanwalt Momberger und dem Sprecher von pro asyl bestätigt, die ihre Erfahrungen bei der Vertretung von Flüchtlingen einbrachten.

Derzeit ist Wahlkampf. Es wird versucht werden, das Thema von der Tagesordnung zu bekommen. Man macht Versprechungen.

Ob Veränderungen durchgesetzt werden, hängt davon ab, ob der öffentliche Druck erhalten werden kann.

Hier zwei Fotos:



Unser Antrag: Eintritt in die Schutzgemeinschaft Vogelsberg

Wir hatten ja einen neuen Antrag gestellt: Eintritt in die Schutzgemeinschaft und die Verdopplung des Mitgliedsbeitrags von 130 Euro auf 260 Euro jährlich.

Dann wollten wir, dass mit der Schutzgemeinschaft Gesprächstermine vereinbart werden, um zu sondieren, welche gemeinsamen Projekte und Arbeitsfelder

entwickelt und umgesetzt werden können, die dem Wasser-, Natur- und Klimaschutz dienen.

Der Antrag wanderte in den Ausschuss „Regionalentwicklung, Umwelt und Energie“. Dort ist er noch. Doch inzwischen startete der Landrat eine PR-Kampagne: die Schutzgemeinschaft hätte keinen Nutzen für den Kreis gebracht. Es solle die OVAG statt des Wetteraukreises Mitglied werden.

Rudi hielt diese Rede:

„Einen erneuten Beitritt zur Schutzgemeinschaft Vogelsberg hält die DIE LINKE für dringend erforderlich.

Seit 15 Jahren – seit seinem Bestehen - hat sich der Verein dafür eingesetzt, dass die Wasserentnahme aus dem Vogelsberg umweltverträglich geschehen soll.

In Zukunft kann der Verein eine bedeutende Rolle spielen, um eine Privatisierung des Trinkwassers und Raubbau in der Region zu verhindern.

Deshalb können wir den Austritt im Zuge des Haushaltsbeschlusses zum Doppelhaushalt 2012/2013, den wir abgelehnt haben , nicht nachvollziehen.

Der eingesparte Betrag von 130€ bringt dem Wetteraukreis nun wirklich keine nennenswerte Einsparung, angesichts eines Haushaltsvolumens von ca. 300 Millionen. Auch die von uns geforderte Verdoppelung des Beitrages ruiniert den Wetteraukreis nicht.

Hier geht es auch nicht vorrangig um diesen lächerlichen Betrag, sondern um die ideelle Unterstützung der Ziele dieses Vereines. Der Wetteraukreis würde mit der Mitgliedschaft zeigen, dass auch er sich für eine intakte Umwelt und den Schutz der Wasserreserven einsetzt.

In der Wetterauer Zeitung vom 6.Juni 2013 sprachen Sie davon, Herr Arnold, dass der Austritt aus diesem Verein im Zuge der Gleichbehandlung mit anderen Vereinen nötig gewesen sei. Gleichbehandlung fordern wir auch! Wie sieht jedoch die Wirklichkeit aus?

Während für Wirtschafts- und Touristikverbände (Wirtschaftsförderung Wetterau GmbH und Vogelsberg Touristik GmbH) jährlich rund 100 000 € zur Verfügung gestellt werden, wird bei Umwelt und Naturschutz die Summe von 130 € eingespart.

Nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch eine intakte Umwelt machen den Reiz einer Region aus!

Die im gleichen Artikel der Wetterauer Zeitung ins Gespräch gebrachte eventuelle Mitgliedschaft der OVAG halten wir für falsch.

Die Beteiligung an dem Gas-Dampf-Kraftwerk in Bremen 2012, sowie der kürzliche Abschluss der Verträge mit der Hessenwasser GmbH, bzw. mit dem Zweckverband Mittelhessische Wasserwerke belegen, dass sich ZOV bzw. OVAG nicht mehr vorrangig der Region, sondern der Gewinnmaximierung verpflichtet sehen.“

Peinlich für die anderen Parteien: Das Ende unseres Dauerantrags „Nassauische Heimstätten“ vom Juni 2012

Das Gute soll man ja immer zuerst nennen: Aufgrund unseres Antrags hat der Wetteraukreis eine Erhebung zum sozialen Wohnungsbau erstellt.

Doch darin steht nichts Positives.

Es wird ersichtlich, dass es in der Wetterau derzeit keinen sozialen Wohnungsbau gibt. Es wird 2014 in Friedberg, housing-area, gebaut. Doch der Bürgermeister lässt verlauten: keine Sozialwohnungen. Fünf Wohnungen entstehen in Karben. Doch hat die Stadt Karben mehr Wohnungen verkauft, als sie neu baut und es handelt sich auch hier nicht um Sozialwohnungen. Viele Gemeinden haben keine städtischen Wohnungen oder Sozialwohnungen. Und wenn: sie sind nicht frei. Derzeit gibt es nur eine freie Sozialwohnung in der Wetterau – in Hirzenhain.

Besonders in Friedberg und Bad Vilbel fielen Sozialwohnungen aus der Preisbindung. Insgesamt ist der Sozialwohnungsbestand um 50% geschrumpft.

Was folgt daraus?

Nichts.

Zuerst wurde versucht, diese Erhebung als „Erledigung“ unseres Antrags zu verkaufen. Doch das machten wir nicht mit. So wurde der Antrag abgelehnt. Und zwar von allen Parteien.

Derzeit hat der Wahlkampf begonnen und die Kandidaten von SPD/Grünen/FDP /CDU betonen, sie möchten mehr sozialen Wohnraum und bezahlbare Mieten. Doch immer wenn DIE LINKE im Kreistag oder Landtag einen Antrag gestellt hat, um den sozialen Wohnungsbau anzukurbeln, lehnten sie alles ab. Wie schizophren ist das! Oder sollten wir sagen: verlogen?

Wir werden den unerledigten Teil des Antrags neu stellen. Der Wetteraukreis ist zu 50% Anteilseigner der Nassauischen Heimstätte. Er kann dort seinen Einfluss geltend machen, dass wieder sozialer Wohnungsbau betrieben wird.

Schulsozialarbeit

Wir haben uns enthalten bei einem Antrag der Koalition, der für die Schulsozialarbeit eine Drittelfinanzierung vorschlägt. 1/3 soll das Land tragen, 1/3 der Kreis und 1/3 die jeweilige Kommune.

Wir halten es für falsch, das Land aus der Verantwortung zu entlassen. Sie wollen Inklusion umsetzen und haben einen Bildungsplan 1-10 aufgestellt. Dazu ist Schulsozialarbeit unabdingbar. Also müsste der Kreis das Land um Finanzmittel angehen. Warum SPD und Grüne keine entsprechenden Forderungen stellen und die Landesregierung schonen, ist zumindest seltsam.

Erst vor einem Dreivierteljahr wurde die Kreisumlage erhöht. Jetzt sollen die Kommunen erneut herangezogen werden. Sie können das nicht leisten. Auch der Kreis kann das nicht leisten.

Es ist folgerichtig, wenn die Koalition darauf verweist, dass der Beschluss unter dem Vorbehalt steht, dass der Haushalt vom Regierungspräsidium genehmigt wird. Und wahrscheinlich wird diese Finanzierung der Schulsozialarbeit nicht genehmigt. Also handelt es sich um einen Schauantrag.

Dabei wäre es dringend wichtig, die Schulsozialarbeit solide zu finanzieren. Viele Sozialarbeiter/innen haben prekäre Arbeitsbedingungen. Ihre Verträge laufen nur ein halbes Jahr oder Jahr, die Gelder werden aus unterschiedlichen Quellen – von EU bis Verein – zusammengekratzt.



Zuletzt noch eine Bitte: Sendet die „aktuelle Post“ an Interessierte Menschen weiter. Wenn jemand die „aktuelle Post“ lesen möchte, kann sie unter info@die-linke-wetterau.de bestellt (oder auch abbestellt) werden.

Viele Grüße von
Rudi und Gabi